

27. VII. 1917

Die Beheizung der Schulen und der Kohlenmangel.

Der Wiener Stadtrat hat auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen, schon jetzt gegen den Plan, im Falle Kohlenmangels die städtischen Schulen im Winter zu schließen, entschiedene Verwahrung einzulegen, da im Falle eines solchen Notstandes nach seiner Ansicht die Schulen den Kindern über die übliche Schulzeit noch zur Verfügung gestellt werden müssen, eventuell auch die Turnsäle der Bevölkerung als Wärmestuben zu überlassen wären.

Der Bürgermeister wurde ersucht, dieser Anschauung des Stadtrates bei den kompetenten Regierungsorganen Geltung zu verschaffen.

Die „Rathauskorrespondenz“ meldet: In mehreren Tagesblättern sind Berichte über eine am 24. d. abgehaltene Sitzung im Rathaus erschienen, bezüglich welcher mitgeteilt wird: Gegenstand der Beratung bildete die Regelung grundsätzlicher Fragen für die Einführung von Kohlenkarten, daher unter andern auch die Frage der Rayonierung, die Aufrechterhaltung des Sachgeschäftes, die Versorgung der Abgabestellen mit Kohle und die Regelung des Abfahres bis zur Einführung der Kohlenkarte. Die Besprechung hatte rein informativen Charakter und hatte den Zweck, die Anschauung der Groß- und Kleinhändler über die Lösung dieser Frage kennen zu lernen. Beschlüsse wurden in der Versammlung nicht gefaßt. Es sind daher alle in den Blättern enthaltenen Nachrichten und Urteile über angebliche „Beschlüsse“ nicht zutreffend.